: Konferenz Bericht

sef:

Potsdamer Frühjahrsgespräche 2023

Ernährungssicherheit in Afrika in Zeiten globaler Krisen – Regionale Strategien gegen Hunger und Abhängigkeit

Nora Witt

Der russische Krieg in der Ukraine hat die Kosten für Handel und Transport weltweit in die Höhe schnellen lassen und zu einem drastischen Anstieg der Lebensmittelpreise beigetragen. Von diesen Entwicklungen besonders betroffen sind die Staaten im subsaharischen Afrika. Die neue Krise droht die ohnehin angespannte Nahrungsmittelversorgung von Millionen von Menschen weiter zu destabilisieren. Bei den Potsdamer Frühjahrsgesprächen diskutierten afrikanische und europäische Expert*innen, wie allen Menschen Zugang zu nährstoffreichen und bezahlbaren Lebensmitteln ermöglicht werden kann, welche Erfolgsaussichten die unterschiedlichen Lösungsansätze haben und welchen Beitrag Regierungen, internationale und regionale Organisationen sowie Wirtschaft und Zivilgesellschaft leisten können.

Langfristige Stärkung der Ernährungssicherheit in Afrika

Obwohl weltweit ausreichend Nahrung produziert wird, leiden Menschen insbesondere in einkommensschwachen Ländern nach wie vor an Hunger. Aktuell legen die Zahlen nahe, dass die Weltgemeinschaft das Ziel, den Hunger bis 2030 zu überwinden, verfehlen wird. Wenn wir jetzt nicht handeln, „riskieren wir, noch in 100 Jahren über Ernährungsunsicherheit zu sprechen“, mahnte Dr. Vongai Murugani, Wissenschaftlerin am Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI).

Prozentual leben die meisten Menschen, die an Ernährungsunsicherheit leiden, auf dem afrikanischen Kontinent. Fortschritte, den Hunger in Afrika flächendeckend zu überwinden, wurden in der Vergangenheit wiederholt durch Krisen zunichtegemacht. Einige Regionen sind daher seit Jahrzehnten auf Nahrungsmittelhilfen angewiesen, betonte sie.

Vongai Murugani vom Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)

Als treibende Faktoren der Ernährungsunsicherheit hob Dr. Murugani hohe Lebensmittelpreise, klimatische Veränderungen und anhaltende Konflikte hervor. Erschwerend komme hinzu, dass viele Landwirte keine formellen Eigentumsrechte an dem Land haben, welches sie bewirtschaften; ein Erbe der Kolonialzeit, welches sich bis heute negativ auf die landwirtschaftliche Produktion auswirkt.

In ihrer Analyse zeichnete Dr. Murugani ein differenziertes Bild der Ernährungssituation in unterschiedlichen Regionen. Während nordafrikanische Staaten besonders von der krisenbedingten Unterbrechung der Versorgungsketten, schwachen Landeswährungen und hohen Lebensmittelpreisen betroffen sind, stellen das Zusammenwirken von Klimawandel und politischer Instabilität die Ernährungssysteme westafrikanischer Staaten vor zusätzliche Herausforderungen. Auch in Ostafrika wirken sich gewaltsame Konflikte und die Auswirkungen des Klimawandels negativ auf die Ernährungssicherheit aus. Die Region leidet zunehmend unter langanhaltenden Dürreperioden, welche die Viehbestände und Ernten der Landwirt*innen zerstören. In den südlichen und zentralafrikanischen Staaten wird die Ernährungsunsicherheit ebenfalls durch wiederkehrende Dürren, aber auch durch Extremwetterereignisse und eine Verschlechterung der makroökonomischen Situation verursacht. Zahlreiche Staaten, wie die Demokratische Republik Kongo und Mosambik sind daher von chronischer Ernährungsunsicherheit geprägt.

Erste Panelrunde mit Karin Gaesing, S.E. Tom Amolo, Moderatorin Angelika Spelten, Alec Thornton und Daniel Duke Odongo (v.l.n.r.)

Auch wenn die Momentaufnahme düster ist, kann die Weltgemeinschaft die Ernährungssicherheit mit den richtigen Maßnahmen nachhaltig verbessern. Notwendig ist vor allem die Bereitschaft, in afrikanische Ernährungssysteme zu investieren, um sie produktiver und widerstandsfähiger zu machen. Ein holistischer Ansatz, der die komplexen Ursachen von Ernährungsunsicherheit wirksam bekämpft, muss besondere Aufmerksamkeit auf Frauen in ländlichen Gebieten, die überwiegend junge afrikanische Bevölkerung und die Arbeit mit lokalen Bäuerinnen und Bauern legen, um vorhandene Ressourcen zielgerichtet zu nutzen, betonte Dr. Murugani.

Session I: Landwirtschaftliche Strategien gegen Ernährungsunsicherheit, Armut und Abhängigkeit

Wissenschaft und Politik schlagen verschiedene Lösungsansätze vor, um die Resilienz afrikanischer Ernährungssysteme zu stärken, darunter Modernisierungsmaßnahmen durch den Einsatz digitaler Technologien, den angepassten Einsatz von Düngemitteln und eine Stärkung des panafrikanischen Handels.

Auf dem ersten Panel des Tages diskutierten Dr. Alec Thornton, Analyst für Klima, Migration und Konflikte am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), S.E. Tom Amolo, Botschafter der Republik Kenia, Dr. Karin Gaesing, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) und Herr Daniel Odongo, Program Management Specialist des gemeinnützigen Unternehmens Ushahidi in Nairobi, welche Herausforderungen überwunden werden müssen, um die Ernährungssysteme nachhaltig zu stärken.

Nahrungsunsicherheit ist ein mehrdimensionales Problem, welches nicht losgelöst von den institutionellen Rahmenbedingungen betrachtet werden kann, da Korruption und politische Konflikte Fortschritte bei der Bekämpfung von Ernährungsunsicherheit sukzessive zunichtemachen, erläuterte Dr. Thornton. Eine besondere Herausforderung ist der Klimawandel, welcher als Multiplikator auf die vielfältigen Ursachen von Ernährungsunsicherheit wirkt. Besonders in Regionen, in denen viele Menschen von der Landwirtschaft abhängig sind, nimmt die klimabedingte Migration deutlich zu. Doch lange nicht alle Menschen können es sich leisten, zu migrieren. Für diejenigen, die gezwungen sind, in ländlichen Regionen zu verharren, in denen es abseits der Landwirtschaft keine alternativen Einkommensmöglichkeiten gibt, ist die Situation besonders prekär, betonte er.

Um die Resilienz von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern nachhaltig zu stärken, sind fünf Schritte von zentraler Bedeutung, erläuterte Dr. Gaesing. Als unabdingbare Voraussetzungen nannte sie (1) den Zugang zu Land und die Sicherheit, dieses auch langfristig nutzen zu können. Dabei gilt es, auch soziokulturelle Aspekte und Genderbelange mitzuberücksichtigen. Nur wenn Landwirt*innen in dauerhaft gesicherten Verhältnissen leben, sind sie in der Lage zu investieren. Investitionen in (2) Boden- und wasserschützende Maßnahmen sind jedoch zentral, um die Bodenfruchtbarkeit langfristig

zu erhalten und die (3) Landnutzung zu verbessern, ohne dafür die Nutzfläche auszuweiten. Sie betonte, dass ein ganzheitlicher Ansatz zwingend erforderlich ist, auch Kleinbauern und Kleinbäuerinnen (4) in die Wertschöpfungsketten zu integrieren und (5) die physische (Straßen, Märkte, Wasserversorgung) und soziale (Gesundheit, Bildung, Finanzwesen) Infrastruktur in ländlichen Regionen zu stärken.

S.E. Amolo betonte, dass ein Bottom-up-Ansatz dringend erforderlich ist und der Fokus sehr viel stärker auf die Frage gelegt werden muss, welche Best Practices bereits vorhanden sind. Diese gilt es, besser zu koordinieren, um die vorhandenen Mittel zielführend zu nutzen. Eine besondere Herausforderung besteht darin, auch junge Menschen für die Landwirtschaft zu begeistern. Junge Landwirt*innen müssen sichtbar sein, um Gleichaltrige zu ermutigen, sich ebenfalls einzubringen. Bei

Panelrunde mit Roman Herre, Yeboua Kouassi, Bettina Rudloff, Teniola T. Tayo und Moderator Marcus Kaplan (v.l.n.r.)

der Auseinandersetzung mit Ernährungssicherheit muss zudem ein stärkerer Fokus auf nährstoffreiches Essen gelegt werden. Auch die Terminologie gilt es zu überdenken, denn der Ausdruck „Klimawandel“ wird der Situation nicht gerecht. Um die Dringlichkeit zu verdeutlichen, muss von einer „Klimakrise“ gesprochen werden, forderte S.E. Amolo.

Neben den zunehmenden Dürren geht die Klimakrise mit einer Zunahme an neuen Herausforderungen, wie neuen Krankheiten und Schädlingen einher, erläuterte Herr Odongo. Als Beispiel führte er den Fall Armyworm (Herbst-Heerwurm) an, der in kürzester Zeit tausende Hektar an Mais, Sorghum und anderen Grundnahrungsmitteln zerstört. Es werden daher dringend Frühwarnsysteme benötigt, die von den Menschen vor Ort auch verstanden werden. Die Organisation Ushahidi arbeitet daher eng mit lokalen Communities zusammen und ermöglicht ihnen, von den Erfahrungen ihrer Nachbargemeinden zu lernen. Sowohl in der Forschung als auch bei der Umsetzung emissionsmindernder Maßnahmen, z.B. im Rahmen von Aufforstungsprojekten, werden lokales Wissen und lokale Kontexte oftmals ignoriert. Lösungen können nicht in großen Sitzungssälen entwickelt werden, appellierte Herr Odongo; „man muss die Menschen fragen, wie man sie unterstützen kann“.

Session II: Geopolitischer Kontext im Wandel – Wie sich nationale und internationale Antworten auf globale Krisen auf die Ernährungssicherheit auswirken

Auf dem zweiten Panel diskutierten Dr. Yeboua Kouassi, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Security Studies (ISS) in Pretoria, Dr. Bettina Rudloff, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Teniola T. Tayo, Trade Policy Fellow am African Policy Institute (APRI) und Roman Herre, Agarreferent bei der Menschenrechtorganisation FIAN, welche Auswirkungen der geopolitische Kontext auf die Ernährungssicherheit in Afrika hat und wie die Resilienz des globalen Ernährungssystems gestärkt werden kann.

Für Afrika bietet der Welthandel Chancen, die eigene Ernährungssituation und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und durch den Transfer von Agrartechnologien die landwirtschaftliche Entwicklung zu fördern, sagte Dr. Kouassi. In den letzten 35 Jahren war Afrika der einzige Kontinent, auf dem die Zahl unterernährter Menschen zugenommen hat. Dabei trägt eine Vielzahl an Faktoren, darunter mangelnder politischer Wille, fehlende Investitionen, Konflikte, Klimawandel und das Fehlen ertragssteigernder Technologien dazu bei, dass die heimische Produktion den Nahrungsmittelbedarf der wachsenden afrikanischen Bevölkerung nicht decken kann, sagte er. Die Konsequenz ist, dass Afrika in hohem Maße auf Nahrungsimporte angewiesen ist. Zudem ist in den letzten Jahren die Stabilität des Welthandels ins Wanken geraten. Trumps Handelskrieg mit China, die COVID-19 Pandemie und zuletzt der Krieg in der Ukraine untergraben die von der Welthandelsorganisation (WTO) geschaffene multilaterale Handelsordnung. Ausfuhrbeschränkungen, unterbrochene Lieferketten und steigende Getreide- und Energiepreise waren die Folge. Für den afrikanischen Kontinent sind die wachsenden geopolitischen Spannungen aufgrund der starken Abhängigkeit von Importen an Saatgut, Düngemittel und Getreide eine große Gefahr. Eine zunehmende Fragmentierung des Welthandels wird daher die Ernährungssicherheit in Afrika weiter destabilisieren und das Problem der Unterernährung verschärfen. Verbesserungen müssen sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene angegangen werden, erläuterte Dr. Kouassi. Staaten sollten sich bewusst sein, dass Handelsbeschränkungen auf Nahrungs-

mittel selbstzerstörerisch sind, da sie das weltweite Angebot verringern und Lebensmittelpreise erhöhen. Seiner Ansicht nach sollten Handelssanktionen daher Nahrungs- und Düngemittel ausschließen. Als Chance, um die Ernährungssicherheit auf dem Kontinent zu verbessern, nannte er die vollständige Umsetzung der afrikanischen Freihandelszone (African Continental Free Trade Agreement, AfCFTA).

Mit Blick auf die globale Ernährungssituation haben die Krisen der letzten Jahre, aber vor allem der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, zu einer Renaissance von Ressourcenmacht als politisches Druckmittel geführt, hob Dr. Rudloff hervor. Der Wegfall von Getreidelieferungen aus Russland und der Ukraine, verbunden mit der Auseinandersetzung rund um das Getreideabkommen, haben das Thema der Nahrungssicherheit global auf die politische Tagesordnung gesetzt. Durch den Konflikt ist die Frage nach einer gesicherten Versorgung mit Nahrungsmitteln erstmalig weltweit zu einem außen- und sicherheitspolitischen Thema avanciert.

World Café zu den Auswirkungen des Kolonialismus

Herr Herre wies in diesem Kontext darauf hin, dass die globale Ernährungskrise bereits vor COVID-19 und der russischen Invasion begonnen hat. Selbst in produktionsstarken Jahren mit uneingeschränktem Welthandel hat die Zahl hungernder Menschen weltweit zugenommen. Selbst Staaten, die weit über ihren eigenen Bedarf hinaus produzieren, wie z.B. Sambia, können die Ernährungssicherheit ihrer eigenen Bürger*innen oftmals nicht sicherstellen. Dies, so betonte Herr Herre, zeigt auf, dass der Fokus der Debatte nicht nur auf der Produktionsmenge liegen darf, da Produktion und Sicherheit nicht immer in direktem Zusammenhang stehen. Auf internationaler Ebene kommt dem Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS) bei der Bekämpfung des Welthungers eine zentrale Rolle zu. Das Mandat des CFS, die Arbeit zwischen UN-Institutionen zu koordinieren und Maßnahmen zu erarbeiten, die umgesetzt werden können, ist klar formuliert. Allerdings ist das CFS kein Durchführungsgremium. Die Verantwortung, die Vorschläge des CFS aufzugreifen, liegt bei den Nationalstaaten. Da die Vorschläge des CFS durchaus progressiv sind, werden sie allerdings oft stark bekämpft und können daher keine Wirkung entfalten, betonte er.

Frau Tayo stimmte mit Dr. Kouassi überein und betonte, dass sich das AfCFTA als wichtiges Instrument zur Verbesserung der Ernährungssicherheit in Afrika erwiesen hat. Die Freihandelszone fördert innerafrikanischen Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, stärkt die regionalen Wertschöpfungsketten und trägt zu einer Verbesserung der Infrastruktur bei. Das AfCFTA, argumentierte Frau Tayo, hat das Potential, die Widerstandsfähigkeit afrikanischer Ernährungssysteme gegenüber externen Schocks zu stärken und den kontinentalen Technologie- und Wissensaustausch zu fördern. Um diese Ziele zu erreichen, sei es von entscheidender Bedeutung, nichttarifäre Hemmnisse und andere Handelsbeschränkungen abzubauen. Auch wenn die Initiative zur Förderung des innerafrikanischen Handels deutlich vor der aktuellen Lieferkrise angestoßen wurde, haben die jüngsten Krisen der Initiative den Rücken gestärkt und in Afrika den Fokus auf die Notwendigkeit gelegt, die eigene Resilienz zu stärken.

Session III: Netzwerken im World Café

Den Nachmittag des ersten Tages nutzen die Teilnehmer*innen, um sich in drei World Café-Runden in vertraulicher Atmosphäre auszutauschen. Gruppe 1 diskutierte verschiedene Maßnahmen, um den steigenden Preisen entgegenzuwirken. Im Fokus standen Vorschläge des Welternährungsausschuss (CFS). Gruppe 2 setzte sich mit den Auswirkungen des Kolonialismus und strukturellen Machtverhältnissen auseinander und Gruppe 3 nahm die Nut-

World Café zur Rolle des Ausschusses für Welternährungssicherheit CFS

zung von digitalen Ressourcen wie Feature-Phones in den Blick und diskutierte mögliche Vorteile und Risiken.

Session IV: Landwirtschaft und Ernährungssysteme nachhaltig und gerecht gestalten – Strategien der Europäischen und der Afrikanischen Union

Die Paneldiskussion am zweiten Konferenztag widmete sich den Beziehungen zwischen Europäischer (EU) und Afrikanischer Union (AU). Dr. Jakkie Cilliers, Programmleiter am Institute for Security Studies (ISS) in Pretoria, Dr. Leonard Mizzi, Referatsleiter für Nachhaltige Agar- und Lebensmittelsysteme und Fischerei bei der Generaldirektion für internationale Partnerschaften der Europäischen Kommission, Dr. Koen Dekeyser, Politischer Referent am European Centre for Development Policy Management (ECDPM) und Francisco Marí, Referent bei Brot für die Welt, beleuchteten zentrale Ansatzpunkte und politische Maßnahmen von AU und EU zur Verbesserung der Ernährungslage in Afrika und diskutierten deren Wirkung.

Panelrunde (v.l.n.r.) mit Koen Dekeyser, Moderatorin Angelika Spelten und Francisco Marí, zugeschaltet waren Jakkie Ciliers und Leonard Mizzi

Dr. Cilliers wies zu Beginn der Session darauf hin, dass aktuell alle Prognosen darauf hindeuten, dass Afrikas Abhängigkeit von Lebensmittelimporten weiter zunehmen wird. Nach wie vor lebt eine große Zahl an Menschen auf dem Kontinent in Armut, da Afrika nie eine landwirtschaftliche Revolution erlebt hat. Dies, bestätigte Dr. Mizzi, stellt afrikanische Staaten vor große Herausforderungen. Im Rahmen des Global Gateway zielt die EU darauf ab, dieser Abhängigkeit zu begegnen und die Produktion in Afrika anzukurbeln, sagte er. Um die Autonomie afrikanischer Staaten zu steigern, ist es unerlässlich, den innerafrikanischen Handel zu stärken und integrierte Märkte zu schaffen. Eine nachhaltige Wirkung lässt sich nur erzielen, wenn mehr afrikanische Staaten mit europäischen Ländern in den Dialog treten. Dies, betonte Dr. Mizzi, ist auch eine Frage der Regierungsführung.

Dr. Dekeyser gab zu bedenken, dass der Dialog zwischen der AU und EU zwischen den Gipfeltreffen der EU & AU immer wieder ins Stocken gerät. Die Mitgliedstaaten der EU sind nach wie vor die Hauptgeber mit Blick auf Entwicklungszusammenarbeit, aber der Bedarf übersteigt die bereitgestellten Mittel bei weitem. Die Situation wurde durch das Zusammenkommen verschiedener Krisen erschwert. Der afrikanische Kontinent ist für die EU zwar eine Priorität, die Ukraine allerdings eine Top-Priorität. Ob und inwiefern die EU auf multiple Krisen reagiert und ihre Programme ausbalanciert, ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Einige Mitgliedstaaten, kritisierte Dr. Dekeyser, sind zu langsam darin, Afrika als gleichwertigen Partner anzuerkennen.

Herr Mari zeigte sich froh, dass die EU sich von dem Anspruch gelöst hat, für die Ernährung Afrikas verantwortlich zu sein und zu glauben, mit ihrer eigenen Überproduktion die Ernährungskrise lösen zu können. Allzu oft wird der Hunger in der Welt von Agrarverbänden dazu instrumentalisiert, die Produktion auf brachliegenden Flächen anzukurbeln, kritisierte er. Er wies auch darauf hin, dass es grundlegend falsch ist, Afrika als Hungerkontinent darzustellen, denn afrikanische Bäuerinnen und Bauern sind immerhin zu 80 Prozent in der Lage, die eigene Bevölkerung zu ernähren. Seit sieben Jahren geht die Importabhängigkeit zwar zurück, allerdings muss diese noch weiter reduziert werden und der Kontinent benötigt dringend Exportmärkte. Dessen ungeachtet ist die EU nach wie vor der weltgrößte Exporteur von Agrarprodukten. Durch den europäischen Export von Erzeugnissen wie Milch, Fleisch und Getreide wird der Aufbau einer Produktion in Afrika entsprechend unterbunden. Herr Marí sprach sich daher dafür aus, deutlich stärker in den

Angeregte Diskussion im Plenum

Aufbau von Wertschöpfungsketten zu investieren und vor allem faire Handelsbeziehungen zwischen der AU und EU zu ermöglichen. Die europäische Agrarpolitik muss kohärent mit ihrer Handels- und Entwicklungspolitik sein, forderte er.

Session V: Die Rolle Chinas und Russlands in Afrika und auf dem globalen Lebensmittelmarkt

Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Spannungen gaben Prof. Lixia Tang von der China Agricultural University und PD Dr. Linde Götz vom Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) einen Überblick über die Rolle Chinas und Russlands auf dem globalen Lebensmittelmarkt.

Für die chinesische Regierung ist die globale Ernährungssicherheit von herausragender Bedeutung, betonte Prof. Tang. Neben einem Engagement Chinas in internationalen Austauschformaten wie dem „Hybrid Rice Aid and World Food Security"-Forum zeige sich dies unter anderem in dem chinesischen Vorschlag für eine globale Entwicklungsinitiative, welche einen Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Nahrungssicherheit umfasst. Mit Blick auf den afrikanischen Kontinent fokussiert sich China vor allem darauf, die afrikanischen Staaten darin zu unterstützen, die landwirtschaftlichen Produktionskapazitäten zu steigern, vor allem die Kapazitäten von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Im Rahmen des China-Afrika-Kooperationsforums (FOCAC) wurde hierzu eine technische Zusammenarbeit begründet, welche die Einrichtung von Demonstrationszentren für landwirtschaftliche Technologien beinhaltet. Im Fokus stehen günstige Technologien, die von möglichst vielen Menschen genutzt werden können. Um die Risiken für Nahrungssicherheit langfristig zu minimieren, ist es aus chinesischer Sicht notwendig, Anbausysteme und -strukturen an die lokalen Bedingungen anzupassen. Konkrete Erfolge der Kooperation, so Prof. Tang, zeigen sich in Projekten wie dem „Small Technology, Big Harvest" in der tansanischen Provinz Morogoro, durch welches es gelungen ist, die Maiserträge vor Ort um das Dreifache zu steigern. Auf die Frage, ob es Ansätze für eine Zusammenarbeit zwischen China und der EU gibt, wies Prof. Tang darauf hin, dass China durchaus bereit ist, zusammenzuarbeiten und viel von den Landwirtschaftsprojekten z.B. der GIZ lernen könne, insbesondere mit Blick auf Nachhaltigkeit und Umweltfragen. Hierbei hat China in der Vergangenheit Fehler gemacht, und man versucht daher, verstärkt von lokalen Gemeinden in Afrika zu lernen.

Dr. Götz erläuterte, dass Nahrungsmittel nicht zu den klassischen Hauptexportgütern Russlands gehören und Russland erst in den letzten zwei Jahrzehnten von einem Importeur zum größten Weizenexporteur der Welt aufgestiegen ist. Eine Besonderheit ist, dass Russland nur in befreundete Länder exportiert. Für viele afrikanische Staaten als Hauptabnehmer russischer Getreideexporte ist dies ein entscheidender Grund, sich politisch nicht zum russischen Angriff auf die Ukraine zu positionieren. Einige Länder, insbesondere in Nordafrika, sind heute hochgradig abhängig von Nahrungsimporten aus Russland, aber auch aus der Ukraine. In den meisten Ländern sind die Weizenimporte aus Russland und der Ukraine seit Beginn des Krieges zurückgegangen. Eine Ausnahme bilden Länder wie Ägypten und der Sudan, welche enge politische Beziehungen zu Russland unterhalten und ihre Importzahlen sogar erhöht haben. In 14 subsaharischen Ländern kamen die Importe aus Russland vollständig zum Erledigen. Die Lieferungen wurden stattdessen durch Frankreich, Bulgarien, Argentinien und Brasilien übernommen. Die Staaten konnten die fehlenden Importe weitgehend kompensieren.

Linde Götz im Interview mit Marcus Kaplan

Mit Blick auf die Versorgungssicherheit ist aber weniger die generelle Frage der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln ein Problem, sondern vielmehr die steigenden Lebensmittelpreise. Dies hängt damit zusammen, dass die Risiken im globalen Getreidehandel stark angestiegen sind.

Vor allem die Befürchtung, Russland könne die Getreideversorgung als Waffe einsetzen und das russisch-ukrainische Getreideabkommen aussetzen, hat die Getreidepreise weltweit in die Höhe schnellen lassen. Die Ernährungsunsicherheit in Afrika stand somit zwar in direktem Zusammenhang mit dem Angriff auf die Ukraine. Sie war jedoch weniger das Resultat ausbleibender Lieferungen, sondern vor allem durch die hohen Preise bedingt.

Die zweitägige Debatte in Potsdam zeigte deutlich, dass das Wissen und die notwendigen Ansätze und Technologien, um die Ernährungssituation in

Blick von der Technik in den Saal bei den Potsdamer Frühjahrsgesprächen

afrikanischen Ländern nachhaltig zu verbessern, seit Jahrzehnten vorhanden sind: Lokale Kontexte berücksichtigen, langfristige Landnutzung sichern, dem Klimawandel entschlossen begegnen, Biodiversität erhalten, ländliche Infrastruktur fördern, Abhängigkeiten reduzieren und panafrikanischen Handel stärken. Was offensichtlich fehlt, sind die notwendigen finanziellen Ressourcen und der politische Wille - im Globalen Norden und im Globalen Süden - um diese Maßnahmen umzusetzen. Wenn wir, wie Dr. Murugani zu Beginn der Konferenz appellierte, nicht noch in 100 Jahren über das Thema sprechen wollen, müssen wir daran dringend etwas ändern. Die Krisen der letzten Jahre sollten von allen Akteuren als Chance verstanden werden, strukturelle Änderungen anzustoßen, die die Ernährungssituation in Afrika langfristig und nachhaltig verbessern können.

Mehr Informationen zur Konferenzreihe „Potsdamer Frühjahrsgespräche“ sind verfügbar unter: https://www.sef-bonn.org/de/veranstaltungen/potsdamer-fruehjahrsgespraeche/2023/

#Potsdam23

Kooperationspartner

giz Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Im Auftrag des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der sef: informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : @sefbonn
www.sef-bonn.org

Redaktion
Dr. Marcus Kaplan
Ingo Nordmann

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

© sef: 2023